

Synopse zur Aufnahme der VKU-Forderungen in die politischen Programme der **NATIONALEN** Parteien

VKU-Forderungen zur Europawahl	CDU Europapolitischer Beschluss vom 05.04.2014 ¹	SPD Europapolitischer Beschluss vom 26.01.2014	Grüne Wahlprogramm vom 09.02.2014	FDP Europapolitischer Beschluss vom 19.01.2014
KOMMUNALWIRTSCHAFT allgemein				
Potenziale der kommunalen Unternehmen anerkennen	Steht für ein bürgernahes und kommunalfreundliches Europa ein, die kommunalen Spitzenverbände sollen rechtzeitig und angemessen in den Rechtsetzungsprozess eingebunden werden, es sei eine starke Stimme der Kommunen in Brüssel und Straßburg wichtig; Europa muss stärker ein Europa der Bürger werden.	Interessen der Kommunen und Regionen in der europäischen Politik sollen ein noch größeres Gewicht bekommen. Kommunen und Regionen müssen noch besser an europäischen Entscheidungen beteiligt werden.	Kommunen und Regionen sollen selbstbewusst ihre Interessen in der EU vertreten können, gerade bei öff. Dienstleistungen, Kommunen sind das Fundament der EU; dort organisieren die Bürger ihr Zusammenleben im Alltag; um kommunales Handeln und Engagement zu fördern, muss die EU die regionalen und lokalen Potenziale durch kluge und unbürokratische Förderpolitik unterstützen.	Stärkeres Gewicht der Kommunen im Ausschuss der Regionen notwendig. Aber: nur die Beseitigung von Wettbewerbshemmnissen, wie das Aufbrechen von Monopolen, Privatisierungen, das Abschaffen von Marktzugangshindernissen und vor allem ein spürbarer Bürokratieabbau, kann die Wettbewerbsfähigkeit der Euro-Zone und der EU insgesamt erhöhen.

¹ Die CSU hat einen eigenen 12-Punkte-Plan aufgestellt und 26.04.2014 verabschiedet. Die wesentlichen Inhalte mit Bezug zur Kommunalwirtschaft finden sich im zusammenfassenden Auswertungsdokument wieder.

Synopse zur Aufnahme der VKU-Forderungen in die politischen Programme der **NATIONALEN** Parteien

VKU-Forderungen zur Europawahl	CDU Europapolitischer Beschluss vom 05.04.2014 ¹	SPD Europapolitischer Beschluss vom 26.01.2014	Grüne Wahlprogramm vom 09.02.2014	FDP Europapolitischer Beschluss vom 19.01.2014
<p>Kommunale Selbstverwaltung leben</p>	<p>Nicht jede Aufgabe in Europa ist auch eine Aufgabe für Europa; Wahrung des Subsidiaritätsgedankens durch Subsidiaritätsrüge der nationalen Parlamente; Grundgesetz verwehrt den direkten Durchgriff des Bundes auf die Kommunen, muss auch für die EU gelten. Verweis auf Anerkennung der kommunalen Selbstverwaltung im Lissabon Vertrag, öffentliche Daseinsvorsorge sichern.</p>	<p>Wir wollen eine Politik für Europa, die nur das regelt, was nicht lokal, regional und national besser geregelt werden kann. Nationale, regionale und lokale Besonderheiten in der öffentlichen Daseinsvorsorge müssen erhalten und geschützt werden. Auch auf europäischer Ebene muss sichergestellt werden, dass Kommunen selber entscheiden können, wie sie ihre öffentlichen Aufgaben erbringen. Konzentration auf das Wesentliche.</p>	<p>Entscheidungen möglichst bürgernah. Nicht alles muss von der EU entschieden werden, vieles kann vor Ort besser entschieden werden. Machen sich für die Kommunen und ihre Selbstverwaltung stark. Kommunen brauchen starke Stimme in der EU. Rekommunalisierung von Energieversorgung und Energienetzen wichtiger Baustein für Demokratisierung und Akzeptanz. Dagegen, dass eine Ausdehnung der Binnenmarktregeln die Handlungsspielräume der Kommunen in der Daseinsvorsorge weiter einschränkt.</p>	<p>Mehr Eigenverantwortung für die Bürger, Kommunen, Regionen und Mitgliedstaaten. Für eine Europapolitik, die sich nur um die Herausforderungen kümmert, die Mitgliedstaaten nicht allein bewältigen können. Es bedarf einer klaren Kompetenzabgrenzung, die den nationalen und regionalen Ebenen klare Verantwortungen zuweist; stärkere Nutzung und Ausbau der Subsidiaritätsrüge.</p>

Synopse zur Aufnahme der VKU-Forderungen in die politischen Programme der **NATIONALEN** Parteien

VKU-Forderungen zur Europawahl	CDU Europapolitischer Beschluss vom 05.04.2014 ¹	SPD Europapolitischer Beschluss vom 26.01.2014	Grüne Wahlprogramm vom 09.02.2014	FDP Europapolitischer Beschluss vom 19.01.2014
KMU-Definition ändern	Überprüfung, ob KMU zukünftig von bestimmten Regelungen ausgenommen werden können, keine Änderung der KMU-Definition erwähnt.		KMU stärker fördern, keine Änderung der KMU-Definition erwähnt.	Struktur- und Kohäsionsfonds noch stärker auf KMU ausrichten, keine Änderung der KMU-Definition erwähnt.
Ausweitung der Steuerpflicht verhindern, ermäßigte MWSt-Sätze aufrechterhalten	Finanztransaktionssteuer einführen.	Finanztransaktionssteuer zügig mit niedrigem Steuersatz und breiter Bemessungsgrundlage umsetzen.	Für eine EU-weite Finanztransaktionssteuer, die alle Arten von Finanztransaktionen umfasst. Besteuerung interkommunaler Zusammenarbeit wird abgelehnt.	Vorschlag zur Finanztransaktionssteuer zurückziehen, europaweite Harmonisierung von Steuersätzen wird abgelehnt.
ENERGIEWIRTSCHAFT				
Verbindliches CO₂-Ziel	40%-Ziel bis 2030, setzt sich ein für eine europ. Führungsrolle im weltweiten Klimaschutz und mit Nachdruck für ein verbindliches weltweites Klimaschutzabkommen.	40%-Ziel bis 2030.	55%-Ziel bis 2030.	Weitere einseitige Kohlendioxidverpflichtungen der EU werden abgelehnt.

Synopse zur Aufnahme der VKU-Forderungen in die politischen Programme der **NATIONALEN** Parteien

VKU-Forderungen zur Europawahl	CDU Europapolitischer Beschluss vom 05.04.2014 ¹	SPD Europapolitischer Beschluss vom 26.01.2014	Grüne Wahlprogramm vom 09.02.2014	FDP Europapolitischer Beschluss vom 19.01.2014
<p align="center">Verbindliches Erneuerbaren-Ziel</p>	<p>Verständigung über den Ausbau der erneuerbaren Energien nach einheitlichen Kriterien notwendig, verpflichtende Direktvermarktung und perspektivisch europäische Ausschreibungen.</p>	<p>Ehrgeiziges, verbindliches Ziel.</p>	<p>45%-Ziel bis 2030, EU-Energiebedarf vollständig aus erneuerbaren Energien decken, europaweiter Einspeisevorrang für Erneuerbare.</p>	<p>Einführung eines europaweiten Mengenmodells.</p>
<p align="center">Evaluation Energieeffizienzrichtlinie abwarten</p>	<p>Energieeffizienzrichtlinie umsetzen, nach 2020 Ziele für die Energieeffizienz so fortschreiben, dass sie technologieoffen, wettbewerbsneutral und damit weiterhin attraktiv für den Mittelstand ausgestaltet sind; es wird vor allen Dingen auf Anreize gesetzt, Ordnungsrecht sollte nur in besonders begründeten Ausnahmefällen angewandt werden.</p>	<p>Ehrgeiziges, verbindliches Energieeffizienzziel.</p>	<p>40% Einsparung bis 2030, Effizienzpotenzial in Gebäuden nutzen, umfangreiche Kennzeichnungspflichten für Geräte.</p>	<p>Anreize zur Steigerung der Energieeffizienz sollen zuerst vom Markt kommen.</p>

Synopse zur Aufnahme der VKU-Forderungen in die politischen Programme der **NATIONALEN** Parteien

VKU-Forderungen zur Europawahl	CDU Europapolitischer Beschluss vom 05.04.2014 ¹	SPD Europapolitischer Beschluss vom 26.01.2014	Grüne Wahlprogramm vom 09.02.2014	FDP Europapolitischer Beschluss vom 19.01.2014
Reform ETS-System	Beseitigung der Probleme des aktuellen ETS, Verringerung der Anzahl der Zertifikate gemäß den Klimaschutzziele.	Reaktivierung des ETS.	Grundlegende Reform des ETS, Mindestpreis für Zertifikate, überschüssige Zertifikate dauerhaft vom Markt nehmen.	Ablehnung von politisch motivierten Eingriffen in das ETS-System.
Aufrechterhaltung der Möglichkeit zur Förderung bestimmter EE-Technologien		Mitgliedstaaten müssen Handlungsfreiheit für die Förderung erneuerbarer Energien behalten.	Technologien zur KWK einschließlich Fernwärmeinfrastruktur und den Aufbau von intelligenten Netzen sollen durch den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung gefördert werden.	Europaweites Mengensystem zur Förderung der erneuerbaren Energien, in welchem Energieversorgungsunternehmen verpflichtet werden, ihren Kunden einen bestimmten Anteil erneuerbarer Energien zu verkaufen.
Einrichtung eines binnenmarktkonformen Kapazitätsmarktes	Schaffung eines europäischen Stromverbundes zum Ausgleich von Schwankungen.		Wollen die Erzeugungspotenziale in Europa vernetzen und dabei Maß und Mitte halten zwischen zentralen und dezentralen Strukturen.	Energiebinnenmarkt immer noch unzureichend verwirklicht. Deutschland verfolgt eigene Agenda, ohne sich mit den europäischen Nachbarn abzustimmen; mehr Markt und weniger Planwirtschaft.

Synopse zur Aufnahme der VKU-Forderungen in die politischen Programme der **NATIONALEN** Parteien

VKU-Forderungen zur Europawahl	CDU Europapolitischer Beschluss vom 05.04.2014 ¹	SPD Europapolitischer Beschluss vom 26.01.2014	Grüne Wahlprogramm vom 09.02.2014	FDP Europapolitischer Beschluss vom 19.01.2014
Mitgliedstaatliche Freiheit beim Umgang mit schutzbedürftigen Kunden	Verbraucher sollen selbstbestimmt entscheiden können; dafür verständliche und vergleichbare Angebote nötig.		Für die wirksame Umsetzung der europäischen Regelungen gegen Energiearmut.	Energie muss bezahlbar bleiben; fordert größtmögliche Transparenz für Kunden sowie Produktkennzeichnungen.
Integrierter Ansatz beim Ausbau der Energieinfrastruktur	Schwerpunkt auf europaweiten Stromtrassen und Grenzkuppelstellen.		Intelligentes Stromnetz, das die erneuerbaren Energien dezentral verknüpft und überregional verbindet.	Schwerpunkt auf Grenzkuppelstellen und grenzüberschreitenden Netzen.
Kein verpflichtendes Roll-out von Smart Meters	Ziel intelligente Netze und Messsysteme für Verbraucher.		Intelligentes Stromnetz schaffen.	Betonung des Datenschutzes bei der digitalen Entwicklung.
WASSER- UND ABWASSERWIRTSCHAFT				
Kommunalwirtschaftliche Strukturen respektieren, nicht durch Freihandelsabkommen einschränken	Internationalen Freihandel stärken, für qualitativ hochwertige und bezahlbare Wasserversorgung, daher Wasserversorgung aus der EU-Konzessionsrichtlinie ausgenommen.	Wollen kein Europa, das Kommunen drängt, die eigenen Wasserbetriebe oder die Sparkassen zu privatisieren.	gegen Bestrebungen, die öff. Wasserversorgung zu privatisieren; Erfolg bei der Konzessionsrichtlinie darf nicht durch das TTIP gefährdet werden; Lebensqualität hängt von qualitativ	Freihandel voranbringen. Noch immer gibt es zu viele Ausnahmen und Verzögerungen bei der Umsetzung bestehender Binnenmarktregeln.

Synopse zur Aufnahme der VKU-Forderungen in die politischen Programme der **NATIONALEN** Parteien

VKU-Forderungen zur Europawahl	CDU Europapolitischer Beschluss vom 05.04.2014 ¹	SPD Europapolitischer Beschluss vom 26.01.2014	Grüne Wahlprogramm vom 09.02.2014	FDP Europapolitischer Beschluss vom 19.01.2014
			hochwertigen und bezahlbaren öffentlichen Dienstleistungen, wie z. B. einer guten Wasserversorgung, ab; dazu brauchen Kommunen Gestaltungs- und Organisationsspielraum gemäß Grundgesetz und Vertrag von Lissabon.	
Umsetzung des Verursacherprinzips, insb. hinsichtlich Spurenstoffe			Der gute ökologische und chemische Zustand für Gewässer und Grundwasser ist schnellstmöglich ohne weitere Fristverlängerungen herzustellen.	
Keine Risiken für Trinkwasser durch Schiefergasförderung	Gefahren für die Menschen und das Trinkwasser müssen ausgeschlossen werden, Gasgewinnung mittels gesundheitsgefährdender Chemikalien wird abgelehnt.	Freihandelsabkommen darf keine staatlichen Regulationsmöglichkeiten aushöhlen.	Kämpfen dagegen, die Böden und das Grundwasser durch Fracking zu gefährden. Schiefergas ist keine tragbare Alternative.	Europaweite Mindestnormen für die Zulassung von Fracking.

Synopse zur Aufnahme der VKU-Forderungen in die politischen Programme der **NATIONALEN** Parteien

VKU-Forderungen zur Europawahl	CDU Europapolitischer Beschluss vom 05.04.2014 ¹	SPD Europapolitischer Beschluss vom 26.01.2014	Grüne Wahlprogramm vom 09.02.2014	FDP Europapolitischer Beschluss vom 19.01.2014
<p>Aufnahme Wasserrahmenrichtlinie und Grundwasserrichtlinie in die Cross-Compliance der gemeinsamen Agrarpolitik</p>	<p>Setzt auf nachhaltige Anbauverfahren, die insbesondere im Rahmen der ökologischen Vorrangflächen gefördert werden sollen; deshalb muss auf den sogenannten „Greening-Flächen“ eine landwirtschaftliche Produktion möglich bleiben.</p>		<p>Lebensmittelproduktion und der Schutz von Lebensgrundlagen wie Wasser, Klima, Böden dürfen keine Gegensätze sein. Agrarzahungen sollen an die Erbringung ökologischer und sozialer Leistungen geknüpft werden. Durch eine kontinuierliche Verringerung des Einsatzes von Pestiziden und Mineraldünger sowie Flächenbindung der Tierhaltung soll Überdüngung der Äcker und Gewässer beendet werden.</p>	
<p>Differenzierte und regionale Herangehensweise bei Bekämpfung von Wasserknappheit</p>			<p>Der Wasserwirtschaft in der Landwirtschaft beispielsweise durch den intensiven Bewässerungsanbau in unter Wasserknappheit leidenden Regionen muss Einhalt geboten werden.</p>	

Synopse zur Aufnahme der VKU-Forderungen in die politischen Programme der **NATIONALEN** Parteien

VKU-Forderungen zur Europawahl	CDU Europapolitischer Beschluss vom 05.04.2014 ¹	SPD Europapolitischer Beschluss vom 26.01.2014	Grüne Wahlprogramm vom 09.02.2014	FDP Europapolitischer Beschluss vom 19.01.2014
<p>Pro landwirtschaftliche Verwertung von qualitativ hochwertigem Klärschlamm und Rückgewinnung von Phosphor erst nach bewiesener Wirtschaftlichkeit</p>	<p>bedarfsgerechte Düngung weiterhin Teil einer modernen und leistungsfähigen Landwirtschaft</p>			
<p>ABFALLWIRTSCHAFT</p>				
<p>Kommunalwirtschaftliche Strukturen respektieren</p> <p>Anerkennung des Ermessensspielraums der Mitgliedstaaten bei Zuordnung des Siedlungsabfalls als DAWI</p>	<p>In ihrer Umweltpolitik setzt die CDU vor allem auf Anreize und marktwirtschaftliche Instrumente.</p>		<p>Lebensqualität hängt von qualitativ hochwertigen, bezahlbaren öffentlichen Dienstleistungen wie einer guten Abfallentsorgung ab; dazu brauchen die Kommunen Gestaltungs- und Organisationsspielraum gemäß Grundgesetz und Vertrag von Lissabon.</p>	<p>Noch immer gibt es zu viele Ausnahmen und Verzögerungen bei der Umsetzung bestehender Binnenmarktregeln.</p>

Synopse zur Aufnahme der VKU-Forderungen in die politischen Programme der **NATIONALEN** Parteien

VKU-Forderungen zur Europawahl	CDU Europapolitischer Beschluss vom 05.04.2014 ¹	SPD Europapolitischer Beschluss vom 26.01.2014	Grüne Wahlprogramm vom 09.02.2014	FDP Europapolitischer Beschluss vom 19.01.2014
Europaweite Abfallwirtschaftsplanung, Zusammenarbeit zwischen Mitgliedstaaten	Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Rohstoffverbrauch.			Fordert die Überprüfung und gegebenenfalls die Abschaffung bestimmter EU-Vorschriften in den Bereichen Abfallentsorgung.
Stoffstromspezifische Recyclingstrategie	Möglichkeiten der Wiederverwendung in vollem Umfang nutzen, maßvolle Umsetzung der Ökodesign-Richtlinie.		Produktverantwortung stärken, um Wiederverwertung und Ressourceneffizienz zu verbessern. Ökodesign-Richtlinie um die Kriterien Wiederverwertung und Effizienz erweitern.	
BREITBAND				
Keine zusätzlichen Belastungen für kommunale Unternehmen			Breitbandzugang ist Teil der Daseinsvorsorge. Kommunen sollen hier finanziell unterstützt bzw. entlastet werden, ohne aber eine Zersiedelung zu befördern.	

Synopse zur Aufnahme der VKU-Forderungen in die politischen Programme der **NATIONALEN** Parteien

VKU-Forderungen zur Europawahl	CDU Europapolitischer Beschluss vom 05.04.2014 ¹	SPD Europapolitischer Beschluss vom 26.01.2014	Grüne Wahlprogramm vom 09.02.2014	FDP Europapolitischer Beschluss vom 19.01.2014
			Standards für die Klassifizierung von Breitbandgeschwindigkeiten wie auch der Netzneutralität festlegen.	
Einbeziehung der kommunalen Unternehmen in Breitbandausbau	Gleiche Chancen für Landbevölkerung wie für Städte, Vorantreiben des Breitbandausbaus im ländlichen Raum, gemeinsam mit den Telekommunikations- und Netzunternehmen.		Zukunftsfähige Breitbandinfrastruktur als Fundament des digitalen Wandels. Deutschland allenfalls Mittelmaß. Andere Länder setzen auf Glasfaserinfrastruktur als Zukunftsinvestition. Die EU-Fördermittel für den Breitbandausbau sollen deshalb stärker auf den flächendeckenden Glasfaserausbau fokussieren.	Stärkung der EU im Bereich des digitalen Binnenmarktes, für freien Zugang zum Internet den größtmöglichen Wettbewerb innerhalb des Netzes; Zugang zur Breitbandversorgung im ländlichen Raum unerlässlich.

Synopse zur Aufnahme der VKU-Forderungen in die politischen Programme der **NATIONALEN** Parteien

VKU-Forderungen zur Europawahl	CDU Europapolitischer Beschluss vom 05.04.2014 ¹	SPD Europapolitischer Beschluss vom 26.01.2014	Grüne Wahlprogramm vom 09.02.2014	FDP Europapolitischer Beschluss vom 19.01.2014
ELEKTROMOBILITÄT				
Einbindung der kommunalen Unternehmen in die nationalen und europäischen Strategien	Für intelligente, flächen-deckende Angebote, finanzielle Unterstützung über das Programm Horizon-2020.	Für eine nachhaltige Entwicklung aller Verkehrsträger wird die Förderung neuer Technologien, wie intelligente Verkehrssysteme und alternative Antriebe, gefordert.	Fordert Wandel der Automobilindustrie hin zur Elektromobilität, Anreize zur Nutzung nachhaltiger Mobilität schaffen.	Setzt sich dafür ein, dass jeder Ansatz, den Verkehr sicherer, sauberer, effizienter und nutzerfreundlicher zu machen, mit der Umsetzbarkeit für anbietende Unternehmen und Akteure im Verkehrssektor in Einklang gebracht wird.